

So einfach ist das – und sie waschen ihre Hände in Unschuld

Die nachfolgend wiedergegebene Korrespondenz mit dem ehemaligen Bundesinnenminister und Rechtsanwalt Gerhart Baum (FDP) ist typisch für die Antwortschreiben, die die Folteropfer des staatlich verordneten psychotronischen Terrors mit elektronischen Distanzwaffen auf Ihre Beschwerden und Hilfeersuchen von Politikern, Beamten und anderen Personen des öffentlichen Lebens erhalten – Vogel Strauß lässt grüßen.

Von: Ruth Gill

Gesendet: Freitag, 24. April 2009 21:56

An: Baum · Reiter & Kollegen

Betreff: Die sicherheitspolitische Aufrüstung führt zur Erosion der Grundrechte

An

Herrn Rechtsanwalt Gerhart Baum
in der Kanzlei baum · reiter & collegen
Düsseldorf

Sehr geehrter Herr Baum,

mit Genugtuung habe ich aus den gestrigen Meldungen der Tagesschau (im Internet) von ihrer Verfassungsbeschwerde gegen das BKA-Gesetz erfahren. Ich lebe mittlerweile weit entfernt von Deutschland in Bolivien, wohin mich die Verhältnisse, die Sie beklagen, geführt haben. Auch Ihnen dürfte bekannt sein, daß mit dem BKA-Gesetz viele Machenschaften der Sicherheitskräfte, die bereits seit langem allerorten stattfinden, lediglich legalisiert werden sollen, um die damit gewonnenen Erkenntnisse als Beweise benutzen zu können. Es mag sein, daß die im BKA-Gesetz genannten Maßnahmen für Sie und die Berufsgruppen, die Sie vertreten, zum Schlimmsten gehören, was Sie sich vorstellen können. Oder sind Sie bereits darüber informiert, daß die Situation vieler Bundesbürger noch weit schlimmer ist? Sie werden seit vielen Jahren non-stop total überwacht bis in den letzten Winkel ihrer Gedanken, Emotionen, Sinneswahrnehmungen und Bewegungen. Sie werden tagaus, tagein 24 Stunden rund um die Uhr mit Stimmen-Hören, körperlicher Folter und perversester Manipulation ihres Denkens und Fühlens gequält. Die elektronischen Waffen, mit denen das gemacht wird, existieren unbestritten. Allein die Tatsache, daß sie von den staatlichen Sicherheitskräften und deren Helfershelfern allerorten gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden, ist bislang nicht beweisbar. Allerdings gibt es Hunderte von Zeugenaussagen aus Deutschland und aller Welt, die übereinstimmend dasselbe bekunden: Sie werden mit der Rückendeckung aller verantwortlichen Politiker und Behörden mit elektronischen Waffen und multiplern Stalking-Terror gefoltert. Lange Zeit war es für uns ein Rätsel, wie so etwas in "demokratischen" Staaten möglich ist. Kürzlich dann bestätigte eine Nachricht über die Aussage des Sonderermittlers der EU, Dirck Marty, vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags eine Vermutung, die wir lange gehegt hatten, daß nämlich im Gefolge der Terroranschläge vom 9.11. de facto die Grundrechte in den NATO-Staaten außer Kraft gesetzt worden sind; siehe <http://www.tagesschau.de/inland/bndausschuss126.html>. Dieser heimliche Verfassungsbruch ist Grundlage dafür, daß unsere Klagen von niemandem gehört werden.

Auch ich werde seit vielen Jahren mit psychophysischen Waffen gequält und gejagt. Seit Sommeranfang 2000 geschieht es in offener Form, aber wahrscheinlich hat es bereits 1988 begonnen. Meine Zeugenaussage, in der ich einen kleinen Überblick über die Art der Tortur gebe, können Sie am Ende dieser Nachricht finden. Weitere 880 solcher Fallgeschichten stehen unter <http://www.freedrive.com/folder/177784> zum Download bereit.

Im Internet findet man eine Fülle von Informationen zum Thema. Meine Homepage steht unter <http://stopptmindcontrol.lima-city.de>. Hinweisen möchte ich Sie auch besonders auf die Internet-Präsentation des Vereins gegen psychophysische Waffen unter <http://psychophysischer-terror.de/tl/Home.htm?PHPSESSID=644f3bd758df7a8f494b584e845a3962>.

Ich wende mich an Sie mit der Frage, welchen Rat Sie uns geben können. Als ehemaliger Bundesinnenminister kennen Sie den politischen und den Sicherheitsapparat der Bundesrepublik, als Rechtsanwalt sind Sie mit dem Justizsystem der Bundesrepublik vertraut. Wo sehen Sie Ansatzpunkte für uns Opfer des elektronischen Terrors, uns gegen diese Verbrechen zur Wehr zu setzen, die im Namen des Staates an uns verübt werden? Und welche Möglichkeiten sehen Sie, wie Sie uns helfen könnten, gegen dieses schreiende Un-

recht, das de facto Mord auf Raten ist, vorzugehen?

Mit freundlichen Grüßen
Ruth Gill

Antwort der RAe Baum · Reiter & Kollegen vom 08.05.09:

baum · reiter & kollegen

Rechtsanwälte

Sehr geehrte Frau Gill,

wir nehmen Bezug auf Ihre Anfrage vom 24.04.2009 an unseren Seniorpartner, Herrn Bundesminister a. D./Rechtsanwalt Gerhart R. Baum, um deren Beantwortung uns Herr Baum gebeten hat. Ihrer Sachverhaltsdarstellung haben wir entnehmen können, dass Sie sich seit längerer Zeit einer Auswirkung von psychophysischen Waffen ausgesetzt sehen. Hiergegen möchten Sie Maßnahmen einleiten.

Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass wir Ihnen in Ihrer Angelegenheit nicht behilflich sein können. Die Tätigkeit unserer Kanzlei ist auf die Vertretung von Verbrauchern und Kapitalanlegern spezialisiert, für die wir Ansprüche gegenüber Banken und Finanzdienstleistern geltend machen. Darüber hinaus setzen wir uns in der Öffentlichkeit sowie im Bereich der politischen Meinungsbildung für die Stärkung von Verbraucher- und Grundrechten ein.

Die von Ihnen gewünschte Vertretung in Ihrem Einzelfall ist uns aufgrund unserer erheblichen Arbeitsbelastung nicht möglich, zumal wir Ihrer Sachverhaltsschilderung leider keine Anhaltspunkte für ein anwaltliches Tätigwerden entnehmen können. Nach unserer ersten Einschätzung halten wir es eher für sinnvoll, Ihre Angelegenheit zunächst ärztlich untersuchen und begutachten zu lassen. Ansonsten dürfte es auch keine Entscheidungsgrundlage für ein anwaltliches Tätigwerden geben. Für unsere Entscheidung, Ihre Angelegenheit nicht zu übernehmen, bitten wir um Verständnis. Selbstverständlich wünschen wir Ihnen für Ihre persönliche Zukunft alles Gute und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwälte Baum · Reiter & Kollegen
durch:
O. Methner
Rechtsanwalt

Rechtsanwälte Baum · Reiter & Kollegen
Benrather Schlossallee 101
40597 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 836 805-70
Fax.: 0211 / 836 805-78
e-mail: kanzlei@baum-reiter.de
www.baum-reiter.de

Von: Ruth Gill
Gesendet: Samstag, 9. Mai 2009 21:58
An: Baum · Reiter & Kollegen
Cc: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Betreff: Folter mit elektronischen Waffen keine Grundrechtsverletzung?

Sehr geehrter Herr Baum,
sehr geehrter Herr Methner,

für Ihre Antwort danke ich Ihnen. Allerdings macht sie mich sprachlos: Seit wann ist Folter kein Grundrechtsverstoß? Da ich kaum annehmen kann, daß Sie als Fachjuristen dies ernstlich behaupten wollen, kann ich die Begründung Ihrer ablehnenden Stellungnahme nur so verstehen, daß Sie meine Mitteilungen für gesponnen und damit den Psychiater für zuständig halten. Damit machen Sie sich, ohne Prüfung der maßgeblichen Sachverhalte die gängige Verleugnungsstrategie der Verantwortungsträger zu eigen. Auch wenn der justiziable Beweis im Einzelfall ohne Kooperation der Strafverfolgungsbehörden, die täterseitig involviert sind und aufgrund des erwähnten geheimen NATO-Abkommens nicht ermitteln dürfen, meistens nicht geführt werden kann, haben die Opfer der Verfolgung mit elektronischen Waffen aus aller Welt eine Fülle an belastendem Material zusammengetragen:

1. derzeit 880 Zeugenaussagen von Menschen aus aller Welt, die übereinstimmend dieselben Sachverhalte bekunden (Download unter <http://www.freedrive.com/folder/177784>)
2. Meßgutachten von Fachwissenschaftlern, die die Aussagen der Opfer belegen (siehe http://stopptmindcontrol.lima-city.de/Artikel/Messgutachten_Dr.Medinger.pdf und http://stopptmindcontrol.lima-city.de/Artikel/Meßgutachten_Bludorf.pdf)
3. statistische Erhebungen der Opfer, die beweisen, daß seit dem Jahr 2000 ein exponentieller Anstieg der Opfer-Zahlen zu verzeichnen ist
4. Dies stimmt überein mit den Angaben von zwei Militärstrategen in einem Papier des Pentagon (US Department of Defense), nach dem die offizielle Einführung der psychotronischen Kriegführung durch Bill Clinton im Jahr 2000 geplant war. (siehe Dokument "The Revolution in Military Affairs [RMA] and Conflict Short of War" - July 25, 1994" unter www.alfafa.org)
5. Der ehemalige NSA-Mitarbeiter John Akwei beschreibt dieses System der flächendeckenden Überwachung und Kontrolle mit fortgeschrittenster Computer- und Radartechnologie in seinem Gutachten zur Vorlage beim Gerichtshof in Washington D.C. ("Evidence for the Lawsuit filed at the US courthouse in Washington, D.C. (Civil Action 92-0449), John St.Clair Akwei vs. NSA Ft George G. Meade, MD, "My knowledge of the National Security Agency's structure, national security activities, proprietary technology, and covert operations to monitor individual citizens.", <http://www.mindcontrolforums.com/akwei.htm>)
6. Eine prominente Zeugin ist auch die ehemalige finnische Gesundheitsministerin Dr. Rauni Kilde. Ihre mahnende Erklärung "Bewußtseinskontrolle mit Mikrowellen. Moderne Folter- und Kontrollmechanismen beseitigen Menschenrechte und Privatsphäre" finden Sie unter www.raven1.net/kilde1.htm (engl.) und http://www21.brinkster.com/nobrainscan/Kilde_deu.htm (deutsch)
7. Die Videodokumentation "Monarch: The New Phoenix Program" von Marshall Thomas gibt eine brillante und anschauliche Zusammenfassung der beweisbaren Geschichte dieser geheimen Menschenversuche - von den grausamen Experimenten der Nazi-Wissenschaftler in den Konzentrationslagern, die nach dem Krieg in der Aktion Paperclip von der CIA übernommen wurden, über die diversen geheimen Forschungsprogramme der US-Geheimdienste bis hin zur heutigen flächendeckenden Anwendung gegen unzählige unschuldige Bürger in aller Welt. Das Textbuch zum Film füge ich im Anhang bei.
8. Vom 11. - 13. Mai veranstaltet die Fraunhofer-Gesellschaft (ICT Pfinztal) das 5. Europäische Symposium über "nicht-tödliche" Waffen in Ettlingen. Dort versammeln sich also in der kommenden Woche die Wissenschaftler aus aller Welt mit dem Ziel des Informationsaustauschs und der Weiterentwicklung dieser Waffen. Aus diesem Anlaß wird eine Gruppe von Opfern aus mehreren europäischen Ländern vor der Kongreßhalle, in der die Tagung stattfindet, demonstrieren, um auf die Verbrechen aufmerksam zu machen, die mit diesen Waffen an ihnen verübt werden.
9. Desgleichen werden am 22.06.2009 und 23.06.2009 Delegationen von Professoren aus Paris und Österreich zusammen mit Opfern aus mehreren europäischen Ländern in Anwesenheit von zahlreichen Journalisten vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und dem Europäischen Rat in Straßburg gegen die Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen protestieren, die mit elektronischen Waffen an der Zivilbevölkerung verübt werden.

All das soll nur ein Fall für den Psychiater sein?

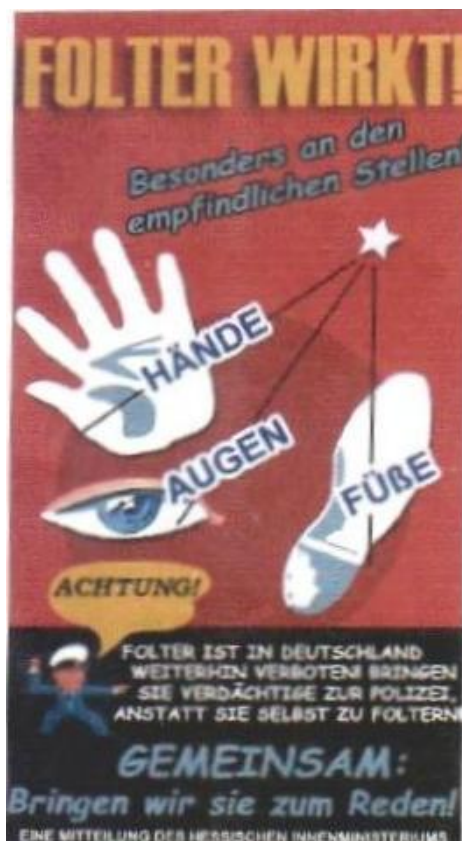
Als ich vor einigen Jahren, als ich noch in Deutschland gelebt habe, in dieser Angelegenheit Kontakt zu Dr. Andreas von Bülow aufgenommen hatte, hat er auf mein Schreiben hin ein wenig im Internet recherchiert und mir dann im Telefongespräch gleich zu Beginn spontan gesagt: "Da ist ja alles voll davon." Er selbst habe in seiner Zeit als Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission für die Geheimdienste zwar nur über die skandalösen Experimente von MK Ultra detaillierte Kenntnisse erlangt, aber es sei aufgrund der Fülle von Dokumenten im Internet offenkundig und ohne weiteres glaubhaft, daß aktuell Vergleichbares in großem Umfang stattfindet.

Ich berichte Ihnen dies, weil es zeigt, daß ein Rechtsanwalt sich ohne großen Aufwand ein eigenes Bild von den Tatsachen machen kann, um zu einer sachgerechten Einschätzung zu gelangen. Warum ziehen Sie stattdessen vor, auf die amtliche Verleugnungsstrategie zurückzugreifen, daß Menschen, die sich darüber beklagen, Opfer solcher Verbrechen zu sein, lediglich unter paranoiden Wahnvorstellungen leiden? Bill Clinton hat sich offiziell für die MKUltra-Verbrechen entschuldigt, die von den US-amerikanischen Geheimdiensten verübt worden sind. Auch in Gerichtsverfahren wurden einige Opfer entschädigt. Aber unter anderen Flaggen werden diese Menschenversuche und Verbrechen in den Ländern der NATO (und weltweit) in einem Umfang fortgesetzt, daß man von einem heimlichen Genozid sprechen muß.

Als ich ein Teenager war, habe ich meine Mutter gefragt, ob sie denn damals nichts über die Konzentrationslager gewußt hätten. (Meine Mutter war zur Zeit des Nationalsozialismus selbst ein Teenager gewesen.) Sie antwortete mir: "Das hat man kaum glauben können." Heute ist es wieder so weit. Und jeder steht in der Entscheidung, ob er sich die Konfrontation mit der Wahrheit durch "Nicht-Glauben-Können" erspart oder ob er die Tatsachen zur Kenntnis nehmen und die notwendigen Konsequenzen für sein Handeln daraus ziehen möchte. Jedenfalls können Sie nun nicht mehr für sich in Anspruch nehmen, daß Sie all dies nicht haben wissen können.

Erstaunt hat mich Ihre Antwort auch insofern, als ich nicht um Ihre anwaltliche Vertretung im Einzelfall nachgesucht hatte. Vielmehr hatte ich Sie - als Fachanwalt für Grundrechtsfragen und erfahrenen Politiker - um Ihren Rat gefragt, was die Opfer zur Durchsetzung ihrer Rechte unternehmen können, und um Ihre Hilfe dabei gebeten. In diesem Rahmen wäre zwar auch eine anwaltliche Vertretung der Opfer denkbar, aber die Palette der Möglichkeiten, über die ein einflußreicher Politiker, wie Sie es sind, verfügt, ist bei weitem größer. Ich erlaube mir deshalb und wegen der Tragweite der Sachverhalte, um die es hier geht, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Sie nochmals um Ihren Rat und Ihre Hilfe zu bitten.

Mit freundlichen Grüßen
Ruth Gill



Solche Dokumente stehen unter staatlichem Schutz im Internet! Mit Bescheid vom 21.02.05 der Staatsanwaltschaft Dresden wurde das Ermittlungsverfahren (Az.: 201 Js 72101 / 04) gegen den Urheber eingestellt.

Antwort der RAe Baum · Reiter & Kollegen vom 15.05.09:

baum · reiter & kollegen

Rechtsanwälte

Sehr geehrte Frau Gill,

wir bitten Sie, unsere Stellungnahme sorgfältig zu lesen.

Nach unserer Auffassung ist Folter ein Grundrechtsverstoß. Es ist auch bekannt, dass Herr Baum in der Öffentlichkeit seine zutreffende Auffassung hierzu nachdrücklich und überzeugend vertritt (so z.B. im bekannten Fall "Daschner").

Hiervon zu unterscheiden ist die Frage, ob in einem konkreten Fall aus Sicht eines Anwalts und Politikers ein Foltertatbestand mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden kann. Auch nach nochmaliger Überprüfung Ihrer Unterlagen bleibt es bei unserer Meinung, dass dies hier leider nicht mit der erforderlichen sachlichen Belastbarkeit möglich ist.

Daher bleibt es aus den diversen, Ihnen benannten Gründen, bei unseren Empfehlungen, die wir Ihnen bereits mitgeteilt hatten.

Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis und wünschen Ihnen persönlich nochmals alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

O. Methner
Rechtsanwalt

Rechtsanwälte Baum · Reiter & Kollegen
Benrather Schlossallee 101
40597 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 836 805-70
Fax: . 0211 / 836 805-78
e-mail: kanzlei@baum-reiter.de
www.baum-reiter.de

Von: Ruth Gill
Gesendet: Samstag, 17.05.2009 17:41
An: Baum · Reiter & Kollegen
Cc: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Betreff: Folter mit elektronischen Waffen keine Grundrechtsverletzung?

Sehr geehrter Herr Baum,
sehr geehrter Herr Methner,

es ist schon seltsam, daß Tatbestände, die in anderen Ländern, z. B. Rußland und Michigan, Anlaß zur Verabschiedung von Gesetzen gegeben haben, die den Besitz, Handel und Gebrauch von elektronischen Waffen unter Strafe stellen, für deutsche Politiker und Rechtsanwälte solange irrelevant sind, solange die Opfer nicht individuell beweisen können, daß sie damit gefoltert werden.

Soll man da von Feigheit oder von politischem Kalkül sprechen?

Mit freundlichen Grüßen
Ruth Gill

Um zu verdeutlichen, daß diese Art des Leugnens und Abstreitens die typische Strategie von Politikern und Behördenvertretern ist, folgen einige ins Deutsche übersetzte Zitate aus einem Schriftwechsel zwischen zwei Leidensgefährten, die seit vielen Jahren mit elektronischen Distanzwaffen gefoltert werden:

Von: Deb Chakraborty
Betreff: Desperately Looking For Your Support!!
Nachricht vom 1. September 2008

Liebe Freunde,

ich bin ein Opfer von extremem Psycho-Terror aus Indien. Ich erleide seit 9 Jahren ein wahres Inferno, das von einer Mafia-Gruppe organisiert wird. Weil die Inder überhaupt keine Ahnung von dieser Art von Verbrechen und Terrorismus haben und weil er keine Spuren hinterlässt, erhalte ich keine Hilfe von irgendwoher ... Ich versuche, mit einer Petition, die von vielen Leuten unterschrieben ist, die mit mir fühlen können, einen Protest an die Behörden zu organisieren ... Nur eine große öffentliche Unterstützung kann einen Felsbrocken bewegen ...

Antwort von Eleanor White, die selbst seit 29 Jahren mit elektronischen Distanzwaffen gefoltert wird:

Ich möchte Dir erklären, daß die Vorlage einer Liste mit Namen von Zielpersonen nach meiner Kenntnis noch nie Regierungsvertreter dazu bewegen konnte zuzugeben, daß eine Zielperson in ihrem Zuständigkeitsbereich tatsächlich belästigt und gefoltert wird. Ich nehme an, daß viele Beamte Bescheid wissen, was läuft, aber öffentlich geben sie es nicht zu. Wenn ich andere Namen und Fälle erwähnt habe, haben mir meine Gesprächspartner schlicht geantwortet: „Na und? Und wie beweist das, daß Sie behelligt werden?“